



## Anfrage

TOP:  
Vorlagen-Nummer: **IV/2006/06000**  
Datum: 30.08.2006  
Bezug-Nummer.  
Kostenstelle/Unterabschnitt:  
Verfasser: Dietmar Weirich

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	20.09.2006	öffentlich Kenntnisnahme
Stadtrat	25.10.2006	öffentlich Kenntnisnahme

**Betreff: Anfrage des Stadtrates Dietmar Weirich - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - zu Rechtsextremismus in Halle (Saale)**

Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sind gesamtgesellschaftliche Probleme, die auch vor den Kommunen Sachsen-Anhalts nicht halt machen. Laut Landesverfassungsschutzbericht 2005 hat die Anzahl der rechtsextremen Straf- und Gewalttaten in Sachsen-Anhalt im vergangenen Jahr deutlich zugenommen. Unser Bundesland führt die deutschlandweite Statistik der rechtsextremen Gewalttaten mit 4,3 Taten pro 100 000 Einwohner an. Die Anzahl der Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund erhöhte sich von 741 (2004) auf 1 100 (2005). Rechte Gewalttaten nahmen von 73 (2004) auf 116 (2005) zu. Zahlen der Mobilen Opferberatung gehen von einem noch deutlicheren Anstieg aus. Immer wieder kommt es zu ausländerfeindlichen Überfällen. Zur Bekämpfung rechtsextremer und fremdenfeindlicher Tendenzen ist es jedoch notwendig, die Situation in der Stadt genau zu kennen, um dann zielgerichtet über Gegenmaßnahmen diskutieren zu können.

Ich frage:

1. Welche Erkenntnisse über Aktivitäten rechtsextremer Gruppen in Halle liegen vor?
2. Welche Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund wurden in Halle in den letzten Jahren (2003-2005) verübt?
3. Wie schätzt die Verwaltung die Situation der rechtsextremen Szene in der Stadt Halle ein?
4. Welche Maßnahmen hat die Verwaltung in den vergangenen Jahren ergriffen, um rechtsextreme Bestrebungen zurückzudrängen?

5. Mit welchen freien Trägern arbeitet die Verwaltung in diesem Bereich zusammen?

gez. Dietmar Wehrich  
Stadtrat BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Anfrage des Stadtrates Dietmar Wehrich – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – zu Rechtsex-  
tremismus in Halle (Saale)**

---

**Beantwortung:**

Da für die Beantwortung der Fragen zwei Geschäftsbereiche und die Polizeidirektion zuständig und einige Recherchen notwendig sind, erfolgt die Beantwortung der Anfrage in der nächsten Sitzung des Stadtrates am 25. 10. 2006.

Eberhard Doege  
Beigeordneter

**Anfrage des Stadtrates Dietmar Wehrich - Bündnis 90/Die Grünen - zu  
Rechtsextremismus in Halle (Saale)**

**Antwort der Verwaltung:**

Bezüglich der Anfrage des Herrn Wehrich zur Situation mit Rechtsextremismus in Halle (Saale) werden die Fragen 1 und 2 durch die Polizeidirektion Halle und die Fragen 3 - 5 durch den FB 51 (aus Sicht des Arbeitsfeldes Streetwork) wie folgt beantwortet:

<b>Frage 1</b>	<b>Welche Erkenntnisse über Aktivitäten rechtsextremer Gruppen in Halle liegen vor?</b>
----------------	---

Die Beantwortung erfolgt durch die Polizeidirektion Halle.

„Die vorliegenden Erkenntnisse sind im in der Anfrage zitierten Verfassungsschutzbericht des Landes Sachsen-Anhalt für das Jahr 2005 dokumentiert. Das Kapitel Rechtsextremismus ist auf den Seiten 5 – 47 umfassend dargestellt. Der genannte Verfassungsschutzbericht ist öffentlich zugänglich. Zu Aktivitäten in der Stadt Halle wird insbesondere ausgeführt:

*„In Halle existiert ein facettenreiches rechtsextremistisches Personenpotential, das etwa 80 Personen umfasst und unter wechselnden Gruppenbezeichnungen wie „Freie Nationalisten“, „Freie Kräfte“, „Kameradschaft Halle“ oder „Nationale Sozialisten Halle/Saale) auch in der Öffentlichkeit agiert. Die „Freien Nationalisten“ aus Halle verfügen über gute Kontakte zu Personen in Merseburg sowie zur Skinheadszene im Raum Delitzsch/Schkeuditz (Sachsen).*

*Zu den wesentlichen Aktivitäten der „Freien Nationalisten“ gehörten im Berichtszeitraum Teilnahmen an überregionalen Veranstaltungen, insbesondere in Demonstrationen am 17. Juni in Halle. An der genannten Demonstration in Halle nahmen insgesamt etwa 200 Personen der regionalen rechtsextremistischen Szene aus Sachsen-Anhalt teil, darunter Mitglieder des NPD-Kreisverbandes Magdeburg. Als Redner trat u.a. der Neonazi Axel Reitz auf. Während des Demonstrationzuges durch die Innenstadt von Halle wurden Parolen wie „Europa-Nation-Revolution“ und „Hoch die Nationale Solidarität“ gerufen. Während des Berichtszeitraumes organisierten die „Freien Nationalisten“ aus Halle eine Vortragsveranstaltung und Informationsstände, die sich gegen die Bundestagswahl im September richteten.*

*Nationaler Beobachter (NB) – Informationsblatt für die Region Halle/Merseburg. Auf der Internetseite des NB wird das Jahr 2005 als ein „weiteres Kampfsjahr“ für den „Nationalen Widerstand“ bezeichnet. Die Stadt Halle wird erneut zur „Frontstadt im Kampf um den einzig wahren Sozialismus, den Nationalen Sozialismus, erklärt. So heißt es... Der NB wird fast ausschließlich im Internet verbreitet. Im Berichtszeitraum wurde lediglich eine gedruckte Fassung bekannt. Am 1. Oktober führten etwa 100 Rechtsextremisten eine Spontandemonstration in der Innenstadt von Halle durch.*

*„Rudolf – Heß – Gedenkveranstaltungen“ – darüber hinaus wurden durch bekannte Rechtsextremisten in Halle (20. August) Demonstrationen zum Thema Meinungsfreiheit angemeldet. Die geplanten Aufzüge wurden durch die jeweils zuständigen Ordnungsbehörden untersagt.*

*Die Polizei in Halle verhinderte am Abend des 12. November 2005 eine*

*Spontandemonstration von etwa 130 Personen der rechtsextremistischen Szene aus Sachsen-Anhalt und Thüringen, die sich mit 3 Bussen auf der Rückreise aus Halbe befunden hatten. Nachdem die Busse angehalten worden waren, meldete ein bekannter Rechtsextremist aus Halle eine Versammlung im Stadtgebiet Halle zum Thema „Polizeiliche Willkür“ an, die jedoch untersagt wurde.*

*Etwa 20 Angehörige der „Freien Nationalisten“ aus Halle führten am 13. November 2005 auf dem Gertraudenfriedhof der Stadt Halle eine Mahnwache durch und legten einen Kranz nieder. In den Abendstunden begab sich der Personenkreis zu einer weiteren Kranzniederlegung auf dem Friedhof von Halle-Diemitz.*

*Die NPD konnte sich vor allem im Süden Sachsen-Anhalts etablieren. Ihre Mitglieder haben dort mehrere Mandate auf kommunaler Ebene inne.*

*Der DVU Landesverband in Sachsen-Anhalt ist in einem desolaten Zustand. Nur etwa insgesamt 50 aktive Mitglieder begeben sich zu den regelmäßig stattfindenden politischen Stammtischen in Halle.*

*Der REP-Landesverband Sachsen-Anhalt umfasst die Kreisverbände und Halle hat etwa 100 Mitglieder. Öffentlichkeitswirksame Aktivitäten waren nicht zu verzeichnen.*

*Seit Anfang 2000 wurden verstärkt Aktivitäten einer so genannten „Kommissarischen Reichsregierung des Deutschen Reiches (KRR)“ bekannt.*

*Der „Exilregierung Deutsches Reich“ können in Sachsen-Anhalt deutlich über 100 Personen zugerechnet werden. Örtliche Schwerpunkte bilden vor allem die Städte, in denen sogenannte Pass- und Meldestellen eingerichtet wurden. Dies ist in Sachsen-Anhalt auch die Stadt Halle (Saale).“*

<b>Frage 2</b>	<b>Welche Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund wurden in Halle in den letzten Jahren (2003-2005) verübt?</b>
----------------	---

Die Beantwortung erfolgt durch die Polizeidirektion Halle.

Die politisch motivierte Kriminalität „Rechts“ und ihre Relation zur Gesamtkriminalität wird in nachfolgenden Tabellen dargestellt:

**Politisch motivierte Kriminalität „Rechts“ im Bereich der PD Halle in den Jahren 2003 – 2005**

Delikt	PD Halle	davon Stadt Halle	Anteil in %
	<b>2003</b>	<b>2003</b>	<b>2003</b>
Körperverletzung	2	2	0,08%
Branddelikte	2	2	1,25%
Raub	1	1	0,23%
Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte	1	1	0,15%
Volksverhetzung	9	7	77,78%
Andere Straftaten	1	1	
Propagandadelikte §§ 86, 86a StGB	43	32	
<b>Gesamt</b>	<b>59</b>	<b>46</b>	<b>0,13%</b>

Delikt	PD Halle	davon Stadt Halle	Anteil in %
	<b>2004</b>	<b>2004</b>	<b>2004</b>
Körperverletzung	1	1	0,04%
Branddelikte	2	2	1,53%
Raub	1	1	0,18%
Volksverhetzung	13	12	80,00%
Andere Straftaten	5	4	
Propagandadelikte §§ 86, 86a StGB	56	48	
<b>Gesamt</b>	<b>78</b>	<b>68</b>	<b>0,19%</b>

Delikt	PD Halle	davon Stadt Halle	Anteil in %
	<b>2005</b>	<b>2005</b>	<b>2005</b>
Körperverletzung	9	9	0,34%
Raub	2	2	0,37%
Volksverhetzung	33	28	121,74%
Andere Straftaten	1	1	
Propagandadelikte §§ 86, 86a StGB	86	75	
<b>Gesamt</b>	<b>131</b>	<b>115</b>	<b>0,34%</b>

Der Anteil in Prozent bezieht sich auf das Verhältnis der Delikte in der Stadt Halle zu den Straftaten gesamt PD Halle.

**Frage 3**      **Wie schätzt die Verwaltung die Situation der rechtsextremen Szene in der Stadt Halle ein?**

Hinsichtlich der kommunalen Besonderheit rechtsextremer bzw. rechtsorientierter Ausprägungen

innerhalb der Jugendkultur zählt Halle (Saale) aus Sicht der Verwaltung im Vergleich zu anderen Städten als verhältnismäßig „ruhiges Pflaster“, was nicht heißt, dass es in Halle (Saale) keine Probleme mit rechtem Gedankengut und latentem Alltagsrassismus bzw. keine Aktivitäten einer rechten Szene gibt.

In Sachsen-Anhalt liegen die Schwerpunkte wohl eher im Harz bzw. in Magdeburg, jedoch gibt es ebenso in Halle (Saale) sowohl junge als auch erwachsene Personen, welche mit rechtem Gedankengut kokettieren, die sich dieser Gesinnung anschließen und auch Aktionen planen bzw. durchführen. (siehe Frage 1)

Seit geraumer Zeit kristallisierte sich Heide-Nord als Schwerpunkt hinsichtlich auffälliger Aktivitäten von Jugendlichen mit rechtsorientiertem Hintergrund heraus, was auch durch den Staatsschutz beobachtet wird. Hierbei handelt es sich um eine Gruppe von Jugendlichen im Alter zwischen 19 und 25 Jahre, welche sich dem Namen „Die Bewegung“ zuordnet. Die Gruppe gehört durchaus zum harten Kern der Szene und ist zum Großteil auch politisch organisiert (NPD u.ä.). Es werden u.a. Aktionen wie Plakatierungen an öffentlichen Einrichtungen geplant und durchgeführt sowie fremde oder feindliche Gruppierungen attackiert. Dabei schrecken sie vor körperlicher Gewalt gegen andere aber auch gegen Gleichgesinnte nicht zurück.

In den anderen Stadtteilen steht diese Problematik nicht so sehr im Vordergrund, was aus Sicht der Verwaltung auch daran liegt, dass sich ältere Jugendliche aus der aktiven Szene zurückgezogen haben sowie keine Führungspersönlichkeit zur Zeit erfolgreich aktiv präsent ist.

<b>Frage 4</b> <b>Welche Maßnahmen hat die Verwaltung in den vergangenen Jahren ergriffen, um rechtsextreme Bestrebungen zurückzudrängen?</b>
---

Die Stadt Halle (Saale) hat sich seit der Wende stets explizit für eine bunte Jugendkultur ausgesprochen. Die Verwaltung unterstützt und fördert dementsprechend Projekte, Initiativen und Vereine, welche sich gegen rechte Tendenzen zur Wehr setzen.

Gerade der kritischen Unterstützung und Begleitung von alternativen Kulturen und Räumen durch die Stadtverwaltung (u.a. VL - Ludwigstraße, Reilstraße 78, Reilstraße 122) ist es zu verdanken, dass die Problematik des Rechtsextremismus sich nicht derart ausbreiten konnte, wie es seitens der Rechtsextremisten erhofft wird.

Im Bereich der Jugendhilfe spielt die Prävention eine signifikante Rolle. So unterstützt die Verwaltung Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit nach §§ 11, 13 SGB VIII und hält selbst das Angebot von aufsuchender Straßensozialarbeit vor.

Die städtischen Streetworker arbeiten zwar nicht explizit mit rechtsorientierten Jugendlichen als gesondertes Projekt. Jedoch gehört die Arbeit mit diesen jungen Menschen im Rahmen der alltäglichen Cliquen- und Einzelfallarbeit dazu. Ziel ist es dabei vor allem, den Jugendlichen alternative Ausdrucksformen zu zeigen, ihnen anti-rassistische Jugendkulturen näher zu bringen und friedliche Ausdrucksmittel für bestehende Probleme zu finden, um so auch die soziale Anerkennung zu fördern.

Eine Betreuung bzw. Begleitung von rechtsorientierten bzw. rechtsextremen Jugendlichen durch die städtischen Streetworker findet jedoch nur dann statt, wenn es sich nicht um in Parteien oder Kameradschaften organisierte Jugendliche handelt. Die Arbeit mit politisch extremistischen Organisationen (rechts und links) kann umschlagen in die Unterstützung eines Segments der extremen Bewegung, d.h. diese könnten die Streetworker instrumentalisieren. Solche Organisationen nutzen Methoden der Sozialarbeit, um ihre Ziele zu erreichen. Hier ist eindeutig eine Grenze von Streetwork erreicht.

Streetwork setzt die Akzeptanz der jeweiligen Zielgruppe mit ihren Einstellungen und Lebensstilen voraus. Akzeptierende Arbeit ist primär Beziehungsarbeit, die sich im Prozess wachsender Vertrautheit und gegenseitiger Akzeptanz im Umgang miteinander entfaltet. Kern dieser Beziehungsarbeit sind dann vor allem intensive, situativ entstehende Einzelgespräche. Für die Praxis

bedeutet dies zunächst präsent zu sein, zuzuhören und zu verstehen.

Mit der Einführung von Bundes- und EU-Programmen wie Entimon, Xenos und Civitas konzentrierte sich das Engagement bundesweit eher auf zivilgesellschaftliche Prozesse innerhalb der Bevölkerung. So entstanden auch verschiedene Projekte in Halle, auch wenn die Nachhaltigkeit hierbei nicht immer gesichert ist. Sie haben auf jeden Fall die politische Alltags-Kultur mit verändert und im demokratischen Sinne bereichert.

Ein über Xenos gefördertes Kooperationsprojekt (Projekt „NeuStart“) zwischen Villa Jühling e.V. und dem FB Kinder, Jugend und Familie ist nach 3 Jahren Laufzeit im September 2005 beendet worden und hat wie zahlreiche andere Projekte dazu beigetragen, eine Veränderung der politischen Kultur und des demokratischen Selbstverständnisses stattfinden zu lassen.

<b>Frage 5</b>	<b>Mit welchen freien Trägern arbeitet die Verwaltung in diesem Bereich zusammen?</b>
----------------	---

In Halle (Saale) gibt es zahlreiche Projekte, Initiativen und Einzelpersonen, welche sich der Problematik des Rechtsextremismus verschrieben haben und eine qualitativ hochwertige Präventions- bzw. Interventionsarbeit leisten. Sie werden dabei von der Verwaltung nicht nur unterstützt. Die Verwaltung arbeitet auch auf verschiedenen Ebenen mit diesen Projekten bzw. Initiativen zusammen.

Zu nennen sind hier u.a. Friedenskreis, Freiwilligen-Agentur, Deutsche Angestellten Akademie, Jugendwerkstatt Bauhof, Radio Corax, Villa Jühling, Miteinander und viele andere. Die „Mobile Beratung für Opfer von rechtsextremer Gewalt“ in Trägerschaft von Miteinander e.V. kann dabei als ein sehr signifikantes Projekt angesehen werden, welches den Schwerpunkt eindeutig auf die Opferarbeit legt. Die Opferarbeit rückte in den 90er Jahren eher in den Hintergrund, als vorwiegend Projekte unterstützt und aufgebaut wurden, welche mit rechtsextremen Jugendlichen arbeiten wollten bzw. mussten.

Jedoch beobachtet die Verwaltung auch, dass es bei weitem noch nicht ausreicht. Oftmals sind es das Unwissen und ein latenter Alltagsrassismus gerade bei den Erwachsenen, welche den Umgang mit rechtsorientierten Menschen erschweren. Hier bedarf es weiterer Aufklärung insbesondere durch Multiplikatorenschulungen, bei denen jedoch mehr diejenigen erreicht werden müssen, die noch ungenügend Wissen vorweisen können. Oftmals erscheinen bei solchen Veranstaltungen vorwiegend die Personen, die ohnehin schon ein umfangreiches Wissen über die rechte Kultur besitzen. Doch es gibt zahlreiche LehrerInnen, SozialarbeiterInnen, Eltern, PolitikerInnen u.a., die mit fundiertem Wissen wesentlich sicherer im Umgang mit rechtem Gedankengut wären. Spezielle Beratungsangebote gibt es leider eher zu wenig. Beispielhaft zu erwähnen sind die Mobilen Beratungsteams aus anderen Bundesländern, welche es auch in Sachsen-Anhalt verstärkt geben müsste.

Szabados  
Bürgermeisterin